

# „Ideologie allein ist zu wenig“

**Interview.** Das Einfamilienhaus bleibt, sagt NÖ-Landesrat Stephan Pernkopf. Er spricht über Blackout, Windsteuer und seinen Kampf gegen die Kriegsgewinnler der Energiewende.

VON MATTHIAS AUER

**Die Presse:** Die deutschen Grünen machen gegen das Einfamilienhaus mobil. Fraktionschef Anton Hofreiter hält es für ein Klimaproblem und würde neue Häuser am liebsten verbieten. Hat er recht?

**Stephan Pernkopf:** Nein. Von dem Versuch einer kommunistischen Bevormundungspolitik halte ich nichts. In Niederösterreich wird es auch weiterhin Einfamilienhäuser geben. Manche Menschen wollen Eigentum erwerben und ihr eigenes Gemüse produzieren. Es geht um einen vernünftigen Mix aus verdichtetem Wohnbau und Häusern.

**Aber ist an der Kritik nicht etwas dran? Energie- und Bodenverbrauch sind beim Einfamilienhaus natürlich am größten.**

Ja, deshalb haben wir in unserem jüngsten Raumordnungsgesetz auch klare Verschärfungen eingeführt. Mit Boden ist sparsam umzugehen, keine Frage. Aber wo er genutzt werden kann, wo Arbeitsplätze entstehen, sollte es schon Flächen geben.

**Über die Raumordnung reden die Bundesländer beim Ausbau der Erneuerbaren stark mit. Zuletzt gab es Kritik, dass Länder wie das Burgenland und Niederösterreich die Energiewende bremsen würden.** Niederösterreich hat schon im Jahr 2015 das Ziel erreicht, das sich die Bundesregierung für 2030 gesteckt hat. Seitdem erzeugen wir hundert Prozent unseres Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen. Und wir werden auch in neun Jahren unseren Anteil an den Energiezielen beitragen. Damit das funktioniert, braucht man eine gewisse Strenge. Wir haben vor Jahren beschlossen, dass Windenergie auf 99 Prozent der Fläche nicht in Frage kommt. Nur auf einem Prozent geht es grundsätzlich - wenn man sich in den jeweiligen Verfahren durchsetzt.

**Das Burgenland will eine Sonderabgabe für neue Wind- und Solarprojekte einführen. Ist das ein legitimes Mittel?**

Das ist ein Streit zwischen der Bundes- und der Landesregierung. Niederösterreich hat eine solche Sonderabgabe nicht. Dafür hängen zu viele Arbeitsplätze an der Energiewende. Man muss das Burgenland aber im Bereich der Windenergie extrem loben. Gemeinsam mit Niederösterreich tragen sie den Löwenanteil am Erneuerbaren-Ausbau.

**Ab Salzburg westwärts sind Windräder weitgehend tabu. Wer übernimmt den Anteil dieser Bundesländer?**

Jeder muss sich selbst ins Gesicht schauen können. Niederösterreich steuert heute rund die Hälfte zum Ökostrom-Ausbau bei - und das werden wir auch 2030 tun.

**Bei manchen Projekten bremst das Land aber. Großflächige Photovoltaikanlagen werden in Niederösterreich nicht so einfach eine Genehmigung erhalten.**

Ich habe null Interesse an den Kriegsgewinnern der Energiewende, die nur schnell Geld machen wollen, indem sie die besten Böden zu plastern. Das ist die einfachste Methode, aber sicher nicht die intelligenteste Art der Energiewende. Die Menschen hier auf dem Land sind extrem motiviert. Nutzen wir das. Statt über abstrakte Probleme wie den Klimawandel zu jammern, müssen wir Anreize schaffen, damit jeder etwas tut. Der Raus-aus-dem-Öl-Bonus funktioniert wunderbar. Noch besser, wenn die Bürgermeister selbst dafür Werbung machen. Die Energiewende ist keine Frage der Kaufkraft, sondern eine Frage der Motivation.

**Gibt es den viel zitierten Widerstand gegen die Tausenden geplanten Wind- und Solaranlagen auf dem Land also gar nicht?**

Es gibt eine hohe Akzeptanz, wenn man es richtig macht. Das ist in Niederösterreich und auch in Burgenland mit der Windkraft gut gelungen. Bei der Photovoltaik müssen wir aufpassen. Je restriktiver wir sind, desto besser wird es für die Sonnenenergiewende sein. Ideologie allein ist zu wenig. Wer in Österreich versucht, eine 40-Hektar-Solaranlage zu bauen, macht das nur einmal. Und das zu Recht. Es gibt genug Flächen entlang von Autobahn und Schiene. Es geht auch ohne extreme Flächen-Projekte.

**Die Branche argumentiert immer, dass ohne Freiflächen-Solaranlagen nur die Hälfte des Ausbauziels erreichbar wäre.**

Für Niederösterreich haben wir es uns auf Gemeindeebene heruntergerechnet. Wenn wir bis 2030 im Schnitt in jeder Gemeinde Solaranlagen auf 250 Einfamilienhäusern, auf alle Schulen, Kindergärten, auf zwanzig Betrieben und auf einen Supermarkt bekommen, bleiben vielleicht noch ein, zwei Hektar übrig. Und für die reichen ganz minderwertige Flächen. Es ist also locker zu schaffen. Dass die andere Variante schneller geht und gewisse Menschen mehr daran verdienen, ist schon wahr. Aber das ist nicht der richtige Weg und erzeugt nur Widerstand.

**Widerstand gibt es auch, wann immer eine Stromleitung gebaut werden soll. Dabei wäre der Ausbau wichtig, um Notsituationen wie den Beinahe-Blackout Anfang Jänner zu vermeiden. Brauchen wir neue Gesetze, um die Verfahren abzukürzen?**

Die Blackout-Gefahr ist real und wir sollten sie ernst nehmen. Die Windräder im Weinviertel erzeugen mitunter fünf Mal so viel, als hier verbraucht wird. Dieser Strom muss abtransportiert werden. Wenn der Ausbau



Der niederösterreichische Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf lobt das Burgenland.

[Fabry]

der Erneuerbaren gelingen soll, dann müssen wir auch die notwendigen Leitungen bauen können. Und da ist jede Beschleunigung gut und wichtig.

**All das ist natürlich hinfällig, wenn sich die Regierung weiterhin nicht auf das Erneuerbaren Ausbau Gesetz einigen kann.**

Wir brauchen das Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) dringend. Ich habe null Verständnis dafür, dass man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auf diese Investitionen verzichtet. In Österreich warten baureife und genehmigte Energiewende-Projekte mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro auf die Umsetzung. Der Streit innerhalb der Koalition über das grüne Gas ist absurd. Das Thema ist im Regierungsprogramm haarklein abgehandelt worden. Das sollte man nicht ignorieren und nicht jetzt schon darüber zu streiten, wo wir das grüne Gas ein-

setzen dürfen, wenn es einmal da ist. Jetzt geht es darum, dass es überhaupt einmal produziert wird. Über den besten Einsatz kann man nachher immer noch diskutieren.

**Sowohl bei grünem Gas als auch beim Biosprit zögern die Grünen. Sie sehen darin reine ÖVP-Klientelpolitik für Landwirte und die fossile Gasbranche.**

Da reißt mir langsam wirklich der Geduldssieden. Das hat mit Klientelpolitik nichts zu tun. Wer eine fixe Reduktion von 20.000 Tonnen CO<sub>2</sub> und 20 Prozent Feinstaub im Jahr nicht umsetzt, kann es mit dem Klimaschutz nicht ernst meinen. Das Bioethanol, das die Agrana heute in Pischelsdorf produziert, wird exportiert und verbessert die Klimabilanz anderer Länder. Ich erwarte mir eine Einigung zum EAG in den nächsten Tagen. Sonst verlieren wir, wenn wir Pech haben, ein ganzes Jahr.

FEBRUAR 2021 | 5. Jg. | Nr. 13 | € 7,00

01

9 120003 770128

**ÖBER ÖSTERREICHER**

Sonderausgabe der Oberösterreicherin

**Blackout**  
Ein Stromausfall, der alles verändert

**Haus am See**  
Immobilienprofi Walter Mairinger über explodierende Preise im Seengebiet

**Michael Niavarani**  
SIMPLY the best

Coverfoto: Thomas Mayer

Jetzt im Zeitschriftenhandel!  
[www.dieoberoesterreicherin.at](http://www.dieoberoesterreicherin.at)

Österreichische Post AG, Zul-Nr. MZ/020828485, M. Net-Media GmbH, Bahnhofplatz 2, 4600 Wels, Rechteverletzung an: Postfach 100, 1130 Wien  
Sonderausgabe der Oberösterreicherin

10.02.21 09

## Wirtschaft darbt noch länger

**Konjunktur.** Wifo-Chef: Wenn Aufschwung beginnt, braucht es eineinhalb Jahre bis zum Vorkrisenniveau. Auf dem Arbeitsmarkt noch länger.

**Wien.** Wifo-Chef Christoph Badelt warnt davor, voreilige Schlüsse aus den vergleichsweise schlechten Wirtschaftsdaten des letzten Quartals zu ziehen. Österreich habe als Tourismusland vor allem im Winter stärker unter der Coronakrise gelitten als andere Länder, betont er - aber „abgerechnet wird am Schluss“. Je nach dem, wann der Aufschwung beginnt, „wird es etwa eineinhalb Jahre dauern, bis wir von der Produktionsseite her das Vorkrisenniveau erreichen“.

Die für heuer zunächst prognostizierten 2,5 Prozent Wachstum werden nicht halten, bestätigte Badelt am Freitag bei der Diskussionsveranstaltung „Finanz im Dialog“ im Finanzministerium. Es habe sich herausgestellt, dass der Lockdown länger dauern wird. Im März werde man eine neue Prognose mit einer revidierten Zahl bekannt geben. „Wenn wir die Wachstumsprognose für 2021 nach unten revidieren, werden wir die für

‘22 nach oben revidieren“, denn je stärker der Einbruch, desto stärker der Rebound.

Auch Arbeitsminister Martin Kocher rechnet damit, dass der Arbeitsmarkt noch lang brauchen wird, um sich zu erholen. Die zuletzt teilweise Öffnung habe bereits zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt, „aber der Arbeitsmarkt zeichnet sich dadurch aus, dass Rezessionen oder Einbrüche etwas länger zu sehen sind - länger heißt Monate oder Jahre“. Auf dem Arbeitsmarkt werde es deshalb bis 2024 oder sogar länger dauern, bis das Vorkrisenniveau erreicht werde. Es sei richtig, dass der Staat jetzt Geld für Unterstützungen ausgebe, betonte Finanzminister Gernot Blümel. „Ich bin aber auch dafür, dass wir diese Mehrausgaben sukzessive zurückfahren, wenn absehbar ist, dass die Wirtschaft wieder einen Aufschwung erlebt.“ Manche Branchen (etwa Stadthotellerie) würden aber länger Hilfe brauchen. (APA)